

Pressedienst des Deutschen Orient-Instituts 29/2018



Proteste im Irak halten an

Vor allem im Süden des Landes demonstrieren die Menschen. Die Forderungen sind größtenteils sozio-ökonomischer Natur. Denn der ausbleibende Aufschwung, der nach dem Zurückdrängen des sogenannten Islamischen Staats erwartet wurde, bleibt bislang aus. Gleichzeitig gibt es in Bagdad noch immer keine neue Regierung. [Al Jazeera Reuters](#)

Israel: neues Gesetz ruft starke Kritik hervor

Das durch die Knesset verabschiedete verfassungsähnliche Gesetz sieht unter anderem Hebräisch als einzige Amtssprache an und erklärt Israel zu einem jüdischen Staat. Dies hat international Kritik hervorgerufen, denn besonders die arabische Minderheit wird ausgeschlossen. [Reuters Guardian](#)



Preisanstiege in Ägypten: Al-Sisi unter Druck

Zwar richten sich die wirtschaftlichen Anpassungen nach den Bedingungen des IWF-Kredits. Erhöhte Lebenshaltungskosten, besonders für Benzin, Gas und Strom, treffen jedoch immer weitere Teile der ägyptischen Bevölkerung. [WaPo MEE](#)

Letzte kurdische Kämpfer ziehen aus Manbij ab

Die nordsyrische Stadt wurde seit 2016 durch die kurdische YPG kontrolliert. Das war der Türkei ein Dorn im Auge und Ankara drohte mit einem weiteren Vorrücken seiner Armee.

[Al Arabiya](#)



Deutsches Orient-Institut

Kronenstraße 1

10117 Berlin

☎ 030 / 206410-21

📠 030 / 206410-29

doi@deutsches-orient-institut.de

<http://deutsche-orient-stiftung.de/>

[Unsubscribe](#)